

PRESSEKONFERENZ



„Pension und weiterarbeiten – wird es funktionieren?“

Seniorinnen und Senioren brauchen passende Arbeitsplatzmöglichkeiten.

mit

LH a.D. Dr. Josef Pühringer, Landesobmann OÖ Seniorenbund

BR Mag. Franz Ebner, Landesgeschäftsführer OÖ Seniorenbund

Rückfragekontakt:

Ludwig Seiringer

0664 80762719

seiringer@ooe-seniorenbund.at

Donnerstag, 18. September 2025, OÖ Seniorenbund

Ein heißer Herbst für Seniorinnen und Senioren

Es ist wie das Amen im Gebet: Sobald von Budgetproblemen oder Staatsfinanzen die Rede ist, geraten die Pensionistinnen und Pensionisten ins Visier. Die Babyboomer sind zu teuer, heißt es dann. Doch so einfach ist die Rechnung nicht. Aus diesem Grund sieht der OÖ Seniorenbund drei Themen, die unabhängig voneinander zu betrachten sind.

1. Ein höheres gesetzliches Pensionsalter allein löst das Problem nicht.
2. Das tatsächliche Pensionsantrittsalter muss dem gesetzlichen angenähert wird.
3. Für alle, die in der Alterspension freiwillig weiterarbeiten möchten, braucht es Planungssicherheit und Attraktivität.

I. Höheres gesetzliches Pensionsalter – mehr als eine Zahl

Die Forderung nach einem höheren gesetzlichen Pensionsantrittsalter klingt einfach, ist aber komplex. Im Mittelpunkt stehen zwei entscheidende Fragen:

1) Gesundheit und Beschäftigungsfähigkeit: Wie sollen Menschen länger arbeiten, wenn sie im Alter vermehrt krank werden? Das Ziel muss sein, Rahmenbedingung zu schaffen, die möglichst lange gesunde Arbeitsverhältnisse schaffen. Eine Zahl bestätigt diese Bedenken, denn die Beschäftigungsquote der 55- bis 64-Jährigen liegt in Österreich bei 58,8 %, weiterhin unter dem EU-Durchschnitt von 65,3 % (für das Jahr 2024).

2) Arbeitsplätze für Ältere: Wer stellt die Arbeitsplätze für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zur Verfügung? Berufserfahrung ist wertvoll, verursacht aber höhere Kosten. Das österreichische Senioritätsprinzip, wonach das Gehalt mit dem Alter steigt und so zu einer steilen Verdienstkurve führt, verstärkt diese Problematik.

Angebote für ältere Arbeitnehmer schaffen

In Oberösterreich ist mehr als ein Viertel der beim AMS gemeldeten Arbeitssuchenden über 50 Jahre alt. 30 % der Betriebe mit mehr als 20 Beschäftigten haben keine einzige Person über 60. Voreingenommenheit gegenüber älteren Arbeitnehmern hält sich hartnäckig – sie gelten als weniger belastbar und häufiger krank, was der Realität nicht entspricht.

„Die Babyboomer sind viele – aber sie waren es auch in den vergangenen 40 Jahren, als sie das Pensionssystem mit ihren Beiträgen getragen haben. Sie waren die Garanten dafür, dass das solidarische System funktioniert hat. Das wird mehrheitlich vergessen! Solange nicht sichergestellt ist, dass Menschen bis zur Pension arbeiten können und Betriebe bereit sind, ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einzustellen, brauchen wir über die Erhöhung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters gar nicht reden.“, fassen Landesobmann LH a.D. Dr. Josef Pühringer und Landesgeschäftsführer BR Mag. Franz Ebner zusammen.

II. Tatsächliches Pensionsalter rasch anheben

Die Anhebung des tatsächlichen Pensionsalters ist das Gebot der Stunde und der Schlüssel zur Veränderung. Mit einem tatsächlichen Pensionsalter von 62

Jahren für Männer und 60 Jahren für Frauen liegt Österreich im EU-Vergleich nahe am Schlusslicht. Bevor das gesetzliche Pensionsalter angetastet wird, ist es weitaus sinnvoller, und auch fairer, das tatsächliche Pensionsalter entsprechend anzuheben. Die neue Bundesregierung verfolgt dies mit einer Reihe von Maßnahmen, die der OÖ Seniorenbund begrüßt.

1. Nachhaltigkeitsmechanismus zur Sicherung der Pensionsfinanzen
2. Teilpension als flexibler Übergang in den Ruhestand
3. Reform der Altersteilzeit und Änderungen bei der Korridorpension
4. Aufbau eines Anreiz- und Monitoringsystems zur Beschäftigungsförderung ab 60 Jahren
5. Evaluierung und Ausbau bestehender Instrumente zur Verbesserung der Beschäftigungssituation
6. Evaluierung und Ausbau altersgerechter Arbeitsplätze und Präventionsmaßnahmen für gesundes Arbeiten im Alter
7. Stärkere Qualifizierungsmöglichkeiten für ältere Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen.

III. Pension und weiterarbeiten – wird es funktionieren?

Ein Lösungswort: Planungssicherheit.

All jene Seniorinnen und Senioren, die sich freiwillig dafür entscheiden, in der Alterspension weiterzuarbeiten, soll dies einfach und attraktiv ermöglicht werden. Aktuell bringt dies viele Hürden und wenig finanzielle Anreize mit sich. Dies soll sich jedoch 2026 ändern.

Die Bundesregierung hat vor kurzem im Ministerrat die Umsetzung des Plans beauftragt, wonach ab dem 1. Jänner 2026 für das Arbeiten während der Alterspension keine Pensionsbeiträge mehr zu leisten sind und eine 25 %-Flat-Tax gilt. Diese Maßnahmen werden vom OÖ Seniorenbund schon lange gefordert. Besonders wichtig ist in diesem Zusammenhang jedoch, dass diese Pläne rasch, inklusive aller Nebenregelungen beschlossen werden, um Planungssicherheit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Arbeitgeber zu schaffen.

„Planungssicherheit ist sowohl für ältere Arbeitnehmer als auch für Unternehmen entscheidend. All jenen, die bereit sind, länger zu arbeiten, brauchen Planungssicherheit – nur so kann der gewünschte Effekt erzielt werden. Nun liegt es an der Bundesregierung, die Maßnahmen rasch umzusetzen.“, so Pühringer und Ebner.

Österreich ist demografisch überdurchschnittlich gefordert

Laut Beschäftigungsausblick der OECD geht die Bevölkerung im Erwerbsalter bis 2060 in vielen Ländern zurück. Was bedeutet, dass der Anteil der Menschen im Erwerbsleben schrumpft. Für Österreich wird ein Minus von 24 Prozent prognostiziert. In allen 38 OECD-Staaten soll die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zwischen 2023 und 2060 im Schnitt um 8 Prozent schrumpfen, was zu einem erheblichen Arbeitskräftemangel führt und in weiterer Folge zu einem Abfall der Pro-Kopf Wirtschaftsleistung.

Die Integration der älteren Bevölkerungsgruppen ist der wohl wichtigste Hebel des österreichischen Arbeitsmarktes. Damit wird zwangsläufig die

Gesamtwirtschaft belebt – sagt die Agenda Austria, Ökonomin Carmen Tremmel. Gelingt dies nicht, wir der derzeitige Wohlstand schwer zu halten sein.

„Seniorinnen und Senioren sind kein Allheilmittel für die Konsolidierung des Budgets. Es bringt niemandem etwas, stur das gesetzliche Pensionsantrittsalter zu erhöhen, wenn die Rahmenbedingungen dafür nicht gegeben sind. Stattdessen braucht es Maßnahmen, die das tatsächliche an das gesetzliche Pensionsantrittsalter heranzuführen und gleichzeitig Planungssicherheit für jene bieten, die in der Alterspension freiwillig weiterarbeiten möchten. Solche Ansätze sind entscheidend, um in demografisch herausfordernden Zeiten unseren Wohlstand zu sichern und das Potenzial freiwilliger Beiträge von Seniorinnen und Senioren bestmöglich auszuschöpfen.“, so Pühringer und Ebner abschließend.